Krieg und Wahrheit

Zur angestrebten »Kriegstüchtigkeit« gehört der Versuch, sie historisch zu rechtfertigen. **Rolf Surmann** über die geschichtspolitischen Konsequenzen der »Zeitenwende«

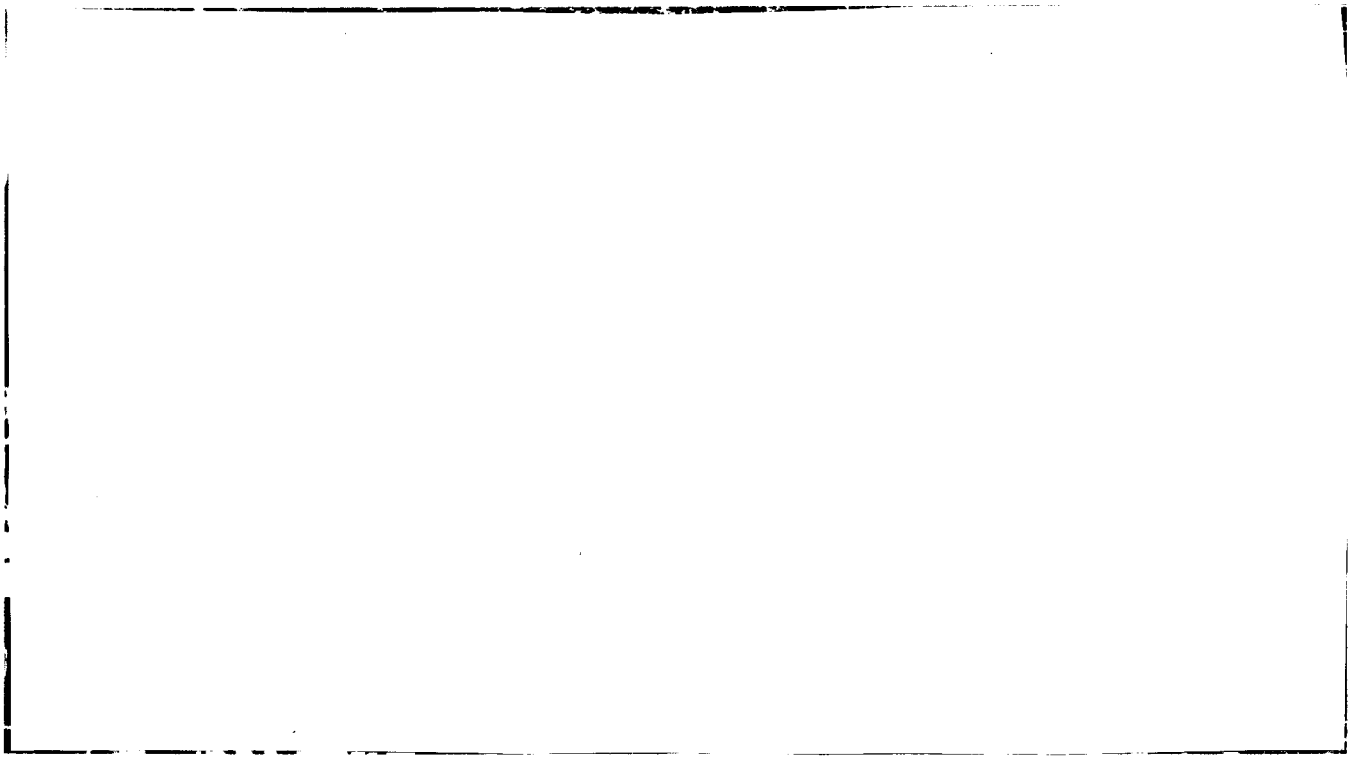
Die oberste außenpolitische Repräsentantin der EU, die ehemalige estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas, erregte vor einigen Wochen Aufsehen, als sie den Drang verspürte, sich zum »Kampf um Narrative« zu äußern. Ihre Ausführungen vor einem politisch gut informierten Publikum sind aufschlussreich. Denn als Beispiel für diesen Kampf führte sie auf einer Konferenz des European Institute for Security Studies die von Russland mit Blick auf China getroffene Feststellung an, man habe gemeinsam im Zweiten Weltkrieg gekämpft, die Nazis besiegt und den Krieg gewonnen. Als sie das gehört habe, so teilte sie ihren Zuhörern mit, habe sie gedacht, okay, das ist nun mal was Neues. Wer sich mit Geschichte auskenne, dem fielen dazu natürlich viele Fragen ein. Aber heutzutage läsen die Leute nicht mehr viel über Geschichte, und sie erinnerten sich nicht mehr an sie. Das führe dann dazu, dass sie solche Erzählungen aus dem Ausland für bare Münze nähmen.

Dieser Auftritt bar jeder Sachkompetenz und fernab jeglichen diplomatischen Standards hat nicht zuletzt angesichts manch ähnlicher Behauptungen von ihr – etwa: Russland habe in den letzten hundert Jahren 120 Länder überfallen, ohne selbst überfallen worden zu sein – natürlich für Aufsehen gesorgt. Mag auch von anderen EU-Politikern so einiges zu hören sein – der Schaden für die Außendarstellung der EU ist enorm. In der VR China wies man zum Beispiel Kallas' Äußerungen als »völlig falsch und unverantwortlich« zurück und betonte, welche Bedeutung das Wissen über die politischen Konstellationen des Zweiten Weltkriegs für die Nachkriegsordnung und damit auch für eine heutige kompetente Politik habe. Fehle dieses Wissen, seien wichtige Voraussetzungen für den Erhalt der Friedensordnung nicht gegeben. Deshalb forderte der chinesische Sprecher als Voraussetzung für solide Beziehungen zwischen China und der EU die sofortige Rücknahme dieser Darstellung. Auf die Anfrage des EU-Abgeordneten Fabio De Masi ließ Kallas schließlich wissen, sie »würdige alle Opfer, die erbracht wurden, um den Zweiten Weltkrieg zu beenden« und so auch »den Mut der Menschen in China«. Über die Sowjetunion verlor sie kein Wort.

Die Bundesregierung, obwohl in letzter Zeit medienpolitisch und strafrechtlich stärker gegen Fake-News und zeitgeschichtliche Falschbehauptungen aktiv, lehnte eine Stellungnahme zu dem Vorgang ab. Insgesamt herrschte die Tendenz vor, die Angelegenheit als persönlichen Fehler einer vielleicht etwas problematisch agierenden Politikerin herunterzuspielen. Doch wirkt eine solche Bewertung wie eine grobe Verharmlosung einer politischen Haltung, deren gesellschaftliche und nicht zuletzt auch europapolitische Bedeutung immer größer wird. Denn was Kaja Kallas heute als EU-Repräsentantin vertritt, ist in ihrem Herkunftsland Estland, das sie von 2021 bis 2024 als Ministerpräsidentin leitete, wie auch in Nachbarstaaten seit dem Erlangen der nationalen Unabhängigkeit Anfang der neunziger Jahre eine selbstverständliche politische Haltung.

Die einschlägigen Vorgänge sind – angefangen bei den Fackelmärschen eines breiten von SS-Veteranen angeführten Rechtsspektrums bis hin zur Benennung von Straßen nach »nationalen Helden« aus diesem Spektrum und der Errichtung entsprechender Denkmäler – hinreichend bekannt und müssen hier nicht noch einmal aufgezählt werden. Ihre gesellschaftliche Bedeutung zeigt sich anschaulich an dem Sinimäed-Denkmal. Es wurde 1999 an einem markanten Ort der sogenannten »Tannenberg«-Linie errichtet. Die »Tannenberg-Linie« war 1944 von der Wehrmacht als zentraler Verteidigungswall gegen die vorrückende Rote Armee geschaffen und von einem Konglomerat unterschiedlicher Truppen verteidigt worden. Neben der Wehrmacht stellte die Waffen-SS mit der 20. Waffen-SS-Grenadierdivision (Estnische Nr. 1) das größte Kontingent, ergänzt durch weitere estnische Polizei- und Freiwilligenverbände. Zwar nicht zahlenmäßig bedeutend, aber wegen ihres Stellenwerts für die Nazi-Propaganda von großer Wichtigkeit waren daneben Freiwilligenverbände aus verschiedenen Ländern Europas wie den Niederlanden, Belgien (Wallonien), Norwegen und Finnland. Sie bildeten eine internationale Nazi-Sammlung für den Kampf gegen die Sowjetunion, und darin lag auch ihr propagandistischer Wert. Heute gilt das Sinimäed-Denkmal als Symbol für die Verteidigung estnischer Unabhängigkeit gegen Russland. Nationalisten, Nazi-Veteranen und Neonazis treffen sich dort jedes Jahr, um an den damaligen Kampf zu erinnern. In ihrer Zeit als Ministerpräsidentin hat die oberste außenpolitische Repräsentantin der EU es nicht für nötig gehalten, dieses nazistisch geprägte Brauchtum zu unterbinden.

Statt dessen ergriff sie eine andere Initiative. 2022 versuchte sie, das sogenannte »Soviet-Monument-Law« verabschieden zu lassen und damit die bisherige Praxis weiter zu radikalisieren. Diesem Gesetz zufolge sollten Symbole von Staaten, die als Besatzer aufgetreten waren, Kriegsverbrechen begangen oder sich des Völkermords schuldig gemacht hatten, aus der estnischen Öffentlichkeit entfernt werden. Weil der damalige Staatspräsident seine Unterschrift mit der Begründung verweigerte, die Formulierungen seien juristisch zu ungenau, trat es jedoch nicht in Kraft. Die Zerstörung sowjetischer Denkmäler – darum ging es letztlich – wurde trotzdem auf der Grundlage politischer Entscheidungen und Verwaltungsakte fortgesetzt. Die genaue Zahl der abgerissenen Denkmäler und zerstörten Erinnerungsstätten ist nicht bekannt, insgesamt sollen es mehrere hundert gewesen sein.



Geschichte wird planiert: Demontage des sowjetischen T-34-Panzer-Denkmals von Narwa/Estland, August 2022

Für Aufsehen und Empörung sorgte der Abbau des »Panzers von Narwa«. Er war insbesondere für den russischsprachigen Teil der Bevölkerung ein Symbol für den Sieg über die Nazi-Diktatur, für Kallas und den politischen Mainstream allerdings ein Zeichen für Besatzungsherrschaft. Außerdem sah sie in ihm, für ein Geschichtsdenkmal eher ungewöhnlich, eine Gefahr für die öffentliche Ordnung. Auf lediglich zwei Aspekte dieser Geschichtspolitik sei hier lediglich hingewiesen.

Wenn Monumente mit der Begründung geschleift werden, sie stünden in Zusammenhang mit einer Besatzungsherrschaft, warum fällt das Sinimäed-Denkmal mit seinem historischen Bezug zur nazistischen Europa-Eroberungsstrategie nicht darunter? Die Frage führt zurück zu Kallas' Geschichtsverständnis, wie es in ihren anfangs zitierten Ausführungen über angebliche russische Geschichtslügen zutage getreten ist. Das Simon-Wiesenthal-Center sieht gerade wegen der in ihm zum Ausdruck kommenden Indifferenz gegenüber dem Nazismus in solchem Denken »eine bösartige Revision der traurigen Realität der estnischen Geschichte«. Allgemein werden solche Positionen totalitarismustheoretisch, also durch die behauptete Gleichwertigkeit nazistischer und kommunistischer Unrechtshandlungen erklärt. Doch Kallas' Haltung geht darüber hinaus, indem sie die nazistischen Verbrechen ignoriert und damit den mit ihnen verbundenen Teil der estnischen Geschichte als bewahrenswert in die Gegenwart übernimmt. Als Feindbild einzig übrig bleibt die Sowjetunion, aktuell die Russische Föderation. Denn mit der Behauptung, ein solches Denkmal des sowjetischen Sieges gefährde die öffentliche Ordnung, imaginiert sie eine Fortsetzung des damaligen Kampfes. Historische Symbole werden zu einem Sicherheitsrisiko, Geschichtspolitik mutiert zu einer Art Sicherheitspolitik. Dass damit der Krieg in der Ukraine mitgemeint ist, demonstrierte sie mit der Bemerkung, mit Panzern wie dem T-34 von Narwa führe Russland Krieg in der Ukraine.

EU-weiter Revisionismus

Osteuropäischer Revisionismus ist aber durch Kallas und Gleichgesinnte nicht nur personell mit der EU verbunden. Er wird auch von der EU schrittweise als politisches Denkmuster adaptiert. Das ist seit einigen Jahren in mehreren Schritten erfolgt.

Von zentraler Bedeutung ist die Entschließung des europäischen Parlaments zur Rolle der Erinnerung für die Zukunft Europas vom September 2019. In dieser Resolution stellt eine große Mehrheit der Europa-Parlamentarier ohne Berücksichtigung der Vorgeschichte und der damaligen politischen Gesamtlage fest, dass eine wesentliche Ursache für den Beginn des Zweiten Weltkriegs das 1939 geschlossene Nichtangriffsabkommen zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich gewesen sei. Die Sowjetunion habe damit den Weg für Hitlers Überfall auf Polen freigemacht. Damit revidierte man die bis dahin gültige Sichtweise, die Verantwortung für den Beginn des Zweiten Weltkriegs liege bei Nazideutschland. In totalitarismustheoretischem Duktus schrieb das Parlament die Schuld jetzt sowohl dem Nazismus wie dem Kommunismus zu.

Daraus folgten allerlei erinnerungspolitische Innovationen. So wurde die Einführung eines europäischen Tags des Gedenkens sowohl für die Opfer des Stalinismus als auch des Nationalsozialismus beschlossen. Damit wollte man, angeregt durch die in erster Linie von osteuropäischen Staaten 2008 initiierte, aber auch von Einzelpersonen wie dem damaligen Bundespräsidenten Gauck unterzeichnete »Prager Erklärung«, den 27. Jauar als Holocaust-Gedenktag kontern. Die »Prager Erklärung« war zugleich das zentrale programmatische Dokument für die erinnerungspolitische Organisation »Plattform des europäischen Gedenkens und Gewissens«. Sie ist europaweit um Mitgliedschaften bemüht. Wegen ihrer rigorosen Nivellierungspolitik bezüglich unterschiedlicher Formen von Unrecht, wie sie explizit ja auch in ihrem den Holocaust relativierenden Gedenktagsprojekt »23. August« zum Ausdruck kommt, blieb sie umstritten. In Deutschland trat ihr von den Verbänden, die sich (auch) mit der Erinnerung an Verfolgte des Naziregimes befassen, lediglich die Stiftung Sächsische Gedenkstätten bei, was zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen führte.

Mit der grundsätzlichen Neuausrichtung von Geschichtspolitik korrespondierten natürlich auch signifikante Einzelereignisse. Besondere Beachtung fanden die Bemühungen, Repräsentanten Russlands sogar von Gedenkveranstaltungen auszuschließen, die unmittelbar dessen eigene Geschichte zum Anlass haben. Das betrifft zum Beispiel die

Dabei hätte man es lediglich umwidmen müssen: Mitglieder des estnischen Bataillons »Narwa« der SS-Panzerdivision »Wiking« auf einem erbeuteten T-34 an der Ostfront, November 1943

Rolle der Roten Armee bei der Befreiung von Auschwitz. Die Provokation begann im Jahr 2015 mit der Gedenkfeier für die Befreiung des Vernichtungslagers. Allerdings agierte man hier noch verdruckst. Obwohl offensichtlich war, dass Wladimir Putin von der Veranstaltung ferngehalten werden sollte, verschickte man im Gegensatz zu den Jahren zuvor mit der Begründung, die Opfer sollten im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen, überhaupt keine Einladungen an staatliche Repräsentanten. In den Medien wurde gefeixt, Putin sei ja nicht ausgeladen, sondern lediglich nicht explizit eingeladen worden. Wenn ihm an dem Festakt etwas liege, solle er doch einfach kommen. Mit dieser gespielten Gleichgültigkeit ist es mittlerweile vorbei. In diesem Jahr hieß es in einer Handreichung der Regierung für Gedenkstättenleitungen und ähnliche erinnerungspolitische Entscheidungsträger, wenn staatliche Vertreter Russlands und Weißrusslands Zutritt zu Gedenkveranstaltungen erlangten, könnten sie, die Gedenkstättenleiter, selbstverständlich von ihrem Hausrecht Gebrauch machen.

Im Gefolge osteuropäischer, speziell ukrainischer Positionen verschiebt sich seit einigen Jahren auch die Haltung gegenüber faschistischen Organisationen. Ein Gradmesser hierfür ist die jährlich von Russland bei der Uno eingebrachte Resolution gegen die Rehabilitierung und Ehrung der faschistischen und im Zweiten Weltkrieg mit den Nazis kollaborierenden Organisation of Ukrainian Nationalists (OUN) durch die Ukraine. Während die große Mehrheit der Staaten inklusive Israel diesem Antrag zustimmte, enthielt sich Deutschland lange Zeit der Stimme und lehnt ihn neuerdings ab. Mag die weltweite Anprangerung der Ehrung von Faschisten in der Ukraine auch den russischen Interessen entsprechen, so befreit dieser Umstand Deutschland jedoch nicht von der Pflicht, gegen die Rehabilitierung faschistischer Kräfte wenigstens Stellung zu beziehen. Tatsächlich können jedoch entsprechende ukrainische Nachfolgeorganisationen in Deutschland mittlerweile unbehelligt auftreten, und der Bundestag stimmt zu Ehren Selenskijs den Schlachtruf der OUN »Slava Ukraini!« an.

Die deutsche Erinnerungspolitik orientiert sich immer stärker an den ideologischen Erfordernissen des Ukraine-Kriegs. So fand zum Beispiel die Kieler Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den Holocaust und andere Nazi-Verbrechen in den Räumlichkeiten der dortigen Marinekaserne statt, deren Versammlungsraum über Jahrzehnte von Erinnerungsstücken aus der Nazi-Zeit »geschmückt« war und um dessen Umgestaltung es bis heute Auseinandersetzungen gibt. Für die zentrale Veranstaltung im Bundestag wiederum ließ man einen Redner aus der Ukraine zu Wort kommen, dem es, wenig überraschend, nicht schwerfiel, eine Brücke von der sowjetischen Rolle im Zweiten Weltkrieg zum heutigen Vorgehen Russlands im Ukraine-Krieg zu schlagen.

Seit Jahren ein Dauerthema ist der Umgang mit den sowjetischen Denkmälern in Deutschland. Angefangen beim neonazistischen Anschlag auf einen Wachsoldaten des Ehrenmals im Berliner Tiergarten bis zur Organisation einer Volksabstimmung durch die ehemalige Frontstadt-Presse gibt es vielfältige Bemühungen um ihre Beseitigung. Allerdings kann das Thema nicht einfach im politischen Hauruckverfahren à la Kaja Kallas erledigt werden, hat sich Deutschland doch in völkerrechtlich gültigen Verträgen wie dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, der die rechtliche Grundlage für die »Wiedervereinigung« bildet, zur Achtung und Erhaltung dieser Monumente verpflichtet. Im Kontext des Ukraine-Kriegs wurde der Handlungsdruck jedoch so stark, dass man jetzt einen neuen Anlauf genommen hat, zu dem ausgerechnet die osteuropäischen Staaten einen wichtigen Beitrag leisten sollen.

Zu diesem Zweck fand Anfang November in der Berliner Botschaft Polens unter dem bezeichnenden Titel »Echos des Imperiums: Sowjetische Denkmäler und die Maschinerie der Desinformation« ein Symposium statt, für das der Regierende Bürgermeister Berlins die Schirmherrschaft übernommen hatte. Zum Veranstalterkreis gehörten – russische und weißrussische Vertreter waren nicht eingeladen – das Auswärtige Amt (Finanzierung), die Botschaften der baltischen Staaten sowie das polnische und das litauische Kulturinstitut, was über den Titel hinaus die inhaltliche Ausrichtung des Treffens verdeutlicht. Immerhin schienen die völkerrechtlichen Rahmenbedingungen so viel Eindruck hinterlassen zu haben, dass man davon ausging, keine unmittelbar wirksam werdenden politischen Ergebnisse erzielen zu können; man dachte in erster Linie über Nebenwege nach, die dann zu Vorschlägen wie dem Neuschreiben der Geschichte dieser Denkmäler oder dem Anwenden »kreativer Praktiken« führten. Ob damit der vertraglichen Verpflichtung zur Achtung der Mahnmale Genüge getan ist, darf man bezweifeln. Auch ist damit erst ein Anfang gesetzt. Denn das Symposium war Teil der »Berlin Freedom Week 2025«, die der Propagierung der »Werte, die unsere freie Gesellschaft zusammenhalten«, dient; sie ist also eine Neuauflage der klassischen Kalter-Krieg-Agenda.

Auf die Binsenweisheit »Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit« wird gerne zurückgegriffen. Aber auch wenn einige ihn eifrig herbeiphantasieren: Wir sind (noch) nicht im Krieg. Für uns gilt: Je weiter wir uns von der Wahrheit entfernen, desto näher rücken wir ihm. Deshalb ist es notwendig, die gegenwärtige ideologische Umorientierung, zu der wesentlich auch die Umschreibung der Geschichte gehört, sehr genau zu verfolgen und ihr, wo immer es möglich ist, Paroli zu bieten.

Rolf Surmann schrieb in konkret 12/25 über die Geschichte des Antisemitismus in Spanien